

EIN WICHTIGER ROHSTOFF: ÖL

Abwärts, ist seit Mitte des Jahres die vorherrschende Richtung für viele Rohstoffpreise, darunter Öl. Die manchmal zu hörende Verallgemeinerung, alle Rohstoffpreise befänden sich in Abwärtstrend, ist allerdings nicht zutreffend. Dieser Eindruck entsteht vielleicht beim Blick auf so manchen Rohstoffpreisindex, in dem fossile Energieträger hoch gewichtet sind. Über einen Kamm scheren sollte man Rohstoffe aber nicht, denn auf das Angebot und die Nachfrage unterschiedlicher Rohstoffe wirken auch sehr unterschiedlich Kräfte ein: Weil sich die Nachfrage nach Lebensmittel meist nicht schlagartig verändert, hängen die Preise von Agrarrohstoffe vor allem vom Angebot und damit von Ernteergebnissen ab. Das Ausbleiben von größeren Hurrikan-Schäden im Süden der USA trug beispielsweise zu fallenden Preisen für Orangensaft bei, weil eine höhere Orangenernte erwartet wurde. Aber als der heftige Wintereinbruch jüngst auch Florida erreichte, sprang der Preis aus Sorge um die Orangenernte an.

Kupfer dagegen wird eher von der Nachfrageseite bewegt, insbesondere vom Umfang der Investitionen in die Infrastruktur. Umgekehrt erlaubt die aufwändige und langwierige Förderung von Kupfer, i.d.R. in riesigen Tagebau-Anlagen, keine hektischen Veränderungen der Kupferproduktion. Beim Uran ist die Nachfrage noch weniger preisabhängig, denn im Verhältnis zu den Baukosten eines Atomkraftwerks sind die Brennstoffkosten gering. Der Uranpreis zog unlängst an, als Japan die Wiederinbetriebnahme von Atomkraftwerken ankündigte.

Der für die Weltwirtschaft weiterhin wichtigste Rohstoff ist aber Öl. Die Menschheit verbrennt davon mehr als 14 Milliarden Liter pro Tag! Mit weiter steigender Tendenz. Die USA sind nicht nur der größte Verbraucher von fossilen Energieträgern, sie haben sich in den vergangenen Jahren auch zu ihrem weltgrößten Produzenten entwickelt. Betrachtet man allein Erdöl, sind die USA mit rund 9 Mio. Barrel Tagesproduktion nach Russland und Saudi-Arabien mit jeweils ca. 10 Mio. Barrel Tagesproduktion schon drittgrößter Ölförderer der Welt. Ein Barrel sind knapp 159 Liter (nach den alten Maßen der ursprünglich für den Fischhandel genormten Heringsfässer).

Rechnet man erdölverwandtes Erdgas hinzu, fördern die USA mehr als 12 Mio. Barrel pro Tag – 56 Prozent mehr als vor drei Jahren. Dieser Boom gründet auf der umstrittenen Technologie des "Hydraulic Fracturing" oder kurz "Fracking", bei dem durch Einpumpen von Wasser und Chemikalien die Durchlässigkeit der unterirdischen

Lagerstätten erhöht wird. Allerdings ist dieser hohe Aufwand nur bei Ölpreisen von mindestens 70 bis 75 Dollar rentabel (viele Förderprojekte lohnen sich schon jetzt nicht mehr).

Der Anteil der OPEC am Weltmarkt beträgt nur rund ein Drittel. Der größte Ölförderer des Kartells, Saudi-Arabien, versucht seine Marktanteile mit Preisnachlässen zu verteidigen. Die weltweite Nachfrage dagegen wächst langsamer (2014 wohl gut 91 Mio. Barrel pro Tag, ein Drittel davon liefert die OPEC). Und trotz der politischen Probleme und Bürgerkriege exportieren auch Russland, Iran, Irak und Libyen nicht weniger, sondern mehr Öl. Das höhere Angebot drückt auf den Preis: Nach längerer Seitwärtsbewegung brachte der Abwärtstrend seit Mitte dieses Jahres einen Rückgang von mehr als 25 Prozent unter 80 Dollar pro Barrel. Das beschert den Konsumenten weltweit eine zusätzliche Kaufkraft von rund 1.000 Milliarden Dollar pro Jahr. Erfahrungsgemäß haben schon geringere Ölpreisrückgänge eine positive Wirkung auf die Konjunktur.

Die deutschen Privathaushalte spüren die Entlastung aufgrund von zwei Effekten weniger deutlich: Zum einen sind die Steuern auf Ölprodukte, insbesondere Benzin, hoch. Sie fallen nicht im gleichen Maße wie der Rohstoffpreis selbst, bremsen also den prozentualen Preisrückgang. Zum anderen hat der Euro gegen US-Dollar an Wert verloren. Weil auf den Weltmärkten Öl in Dollar bezahlt wird, würde die Rechnung in Euro zunächst sogar höher ausfallen. Allerdings ist der Ölpreis stärker gefallen als der Euro, so dass unterm Strich doch auch hierzulande ein Preisrückgang übrig bleibt.

Fazit: Der Ölpreisrückgang dürfte sich zwar bald verlangsamen und zum Stillstand kommen. Eine rasche Rückkehr zu Preisen von 100 Dollar pro Barrel und mehr ist aber unwahrscheinlich. Davon kann man nicht nur an der Tankstelle profitieren. Indirekt unterstützt der niedrige Ölpreis die Konjunktur. Als Anleger kann man über einen antizyklischen Einstieg in die Energiebranche nachdenken.

AKTIENBÖRSEN MIT NOTENBANK-UNTERSTÜTZUNG

Nach dem turbulenten Oktober kehrte an den Aktienbörsen im November relative Ruhe ein: Während die US-Aktienindizes sogar neue Rekordstände markierten, bröckelten die europäischen Börsen in der ersten Novemberhälfte meist etwas ab. Dann aber sprangen die Europa-Börsen an, als wollten sie den Rückstand der Wallstreet aufholen. Insbesondere neue Aussagen des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, lieferten einen Anlass für steigende Kurse: Um die Inflationsrate in Richtung angestrebte Größenordnung zu erhöhen, könnten Umfang, Geschwindigkeit und Zusammensetzung der Wertpapierkäufe der EZB angepasst werden. Die EZB bereitet den Kauf von verbrieften Krediten (sogenannten "ABS"), von Pfandbriefen, Unternehmens- und Staatsanleihen vor, um noch mehr Geld in die Wirtschaft zu lenken.

Die Ankündigung, damit noch mehr Euro in Umlauf zu bringen, hatte an den Devisenmärkten sofort einen Rückgang der europäischen Gemeinschaftswährung zur Folge: Erstmals seit Sommer 2012 mussten im November weniger als 1,24 US-Dollar für einen Euro bezahlt werden. Damit hat die US-Währung seit ihrer Schwäche im Frühjahr gegen Euro um 11,5 Prozent zugelegt. Langfristig ist das allerdings keine dramatische Bewegung. Schon seit zehn Jahren pendelt der Dollar zum Euro in einer Bandbreite von 1,16 bis 1,60 Dollar pro Euro. Gemessen an seinem Wert beim Start 1999 und den ersten zwei folgenden Jahren, in denen es mit dem Euro abwärts ging, ist das jetzige Niveau des Euro nicht spektakulär.

Den europäischen Aktienmärkten half es jetzt, den drohenden Eindruck übergeordneter Abwärtstrends größtenteils zu entkräften. Bleibt der Euro-STOXX-50, der zuletzt auf fast 3.200 stieg bei über 3.000, kann kaum von einem Abwärtstrend gesprochen werden. Das "größere Bild" würde sich erst eintrüben, wenn der Bereich 2.900 bis 2.800, in dem der europäische Standardwerteindex Mitte Oktober nach oben drehten, unterschritten würde. Für den DAX reichte der Spielraum für eine harmlose "Verschnaufpause" bis rund 9.000. Die Tiefs von Mitte Oktober bei 8.355 bis 8.572 sollten nicht mehr unterschritten werden.

In New York wurden die neuen Rekordstände durch einen vergleichsweise stetigen Anstieg erreicht: Fünf Wochen in Folge kletterten die Kurse nach oben, zunächst schnell als Reaktion auf den Kursrückgang in der ersten Oktoberhälfte, dann langsamer, aber stetig. Der S&P-500-Index konnte zum 45. Mal in diesem Jahr den höchsten Tagesschluss seiner bisherigen Geschichte melden. Der Dow Jones

Industrial Average kletterte erstmals über 17.800 Zähler. Zur Erinnerung: In der Euphorie des Jahres 2000 waren es damals in der Spitze nur 11.723. Und vor dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 war ein Stand von 14.165 erreicht worden. Allein im laufenden Jahr sind US-Standardaktien ohne Berücksichtigung von Dividenden um 7,4 Prozent und seit Mitte Oktober um mehr als 10 Prozent gestiegen. Damit nimmt die Wahrscheinlichkeit allerdings ab, dass sich die Rekordjagd ohne Verschnaufpause fortsetzen wird. Für den Dow Jones wäre in den kommenden Wochen eine Konsolidierung um 3 bis 5 Prozent auf Indexstände um 17.000 nicht ungesund. Für den S&P-500 ergibt sich nach neuen Rekorden über 2.060 entsprechendes "Konsolidierungspotenzial" bis rund 1.975.

Kursgewinne in Japan: Der Nikkei-225 erreichte in Reaktion auf die Ausweitung der Anleihekäufe durch die Bank of Japan (BoJ) neue 7-Jahres-Hochs bei 17.500. Dass die japanische Wirtschaft im vergangenen Quartal nicht gewachsen, sondern leicht geschrumpft ist, schockte die Börse in Tokio nicht.

SCHUTZ DER SPAREINLAGEN

Mitte November ist in Berlin das neue Einlagensicherungsgesetz beschlossen worden. Damit folgt der deutsche Gesetzgeber Vorgaben der Europäischen Union. Sparer sollen, wie Bundesfinanzminister Schäuble zitiert wird, künftig im Schadensfall schneller und unbürokratischer ihr Geld zurückbekommen. Spareinlagen werden auch künftig bis zu einer Grenze von 100.000 Euro gesichert sein, allerdings in Schadensfällen schneller ausgezahlt werden und auch besonders schutzwürdige Einlagen bis 500.000 Euro umfassen; beispielsweise Erlöse aus Hausverkäufen, die vorübergehend (bis zu sechs Monate) geparkt wurden. Zur Sicherung der Summen sollen die drei maßgeblichen Finanzsektoren - private, öffentliche und genossenschaftliche Banken - ihre Einlagensicherungssysteme, die unterschiedlich gestaltet sind, finanziell stärken. Die Rede ist von 0,8% der gedeckten Einlagen. Mithin geht es um Milliardenbeträge.

Mit freundlichen Grüßen

andrea pelka /// Frauengeldangelegenheiten

Quelle: „GUT ZU WISSEN...“ erscheint bei der Drescher & Cie Gesellschaft für Wirtschafts- und Finanzinformationen mbH, Postfach 2165, 53744 Sankt Augustin. Trotz sorgfältiger Auswahl der von der Drescher & Cie GmbH als zuverlässig eingestufte Quellen und Informationen kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte nicht gehaftet werden. Dies gilt insbesondere für Inhalte, die nicht von der Redaktion der Drescher & Cie GmbH, sondern von Dritten stammen. Inhalte der Redaktion sind anhand der jeweiligen Kürzel am Ende der redaktionellen Beiträge erkennbar, welche sich auf der Internetseite www.investmentredaktion.de/redaktion wiederfinden lassen. Die Inhalte der „GUT ZU WISSEN...“ dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie stellen weder eine individuelle Anlageempfehlung noch eine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren dar. Kein Teil der „GUT ZU WISSEN...“ oder dessen Format darf (auch auszugsweise) ohne die ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung der Drescher & Cie GmbH oder ohne eine entsprechende schriftliche Vereinbarung mit der Drescher & Cie GmbH zur Nutzung der Inhalte und / oder des Formats der „GUT ZU WISSEN...“ (Nutzungsrecht) reproduziert, nachgedruckt oder sonst vervielfältigt oder verbreitet werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie (auch auszugsweise) ohne Nutzungsrecht verpflichtet zur Gebührenzahlung an den Verleger. Regelungen zu einem Nutzungsentgelt im Rahmen einer Einräumung eines Nutzungsrechts bleiben unberührt. (c) 2011 Drescher & Cie GmbH